

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postkontonummer Dresden Nr. 2486. — Stadtkontonummer Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Ein- gesandt 90 Pf. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten u. Stellen- gesuche. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verkaufsstelle von Holzplanzen auf den Staatsforstrevieren.

Verantwortlich für die Redaktion: J. B. Oberregierungsrat Hans Bock in Dresden.

Nr. 227

Dresden, Dienstag, 29. September

1925

Einstellung des Personalabbaues in Preußen.

Berlin, 28. September.
Das Preussische Staatsministerium hat dem Staatrat den Entwurf eines Gesetzes über die Einstellung des Personalabbaues und Änderung der Preussischen Personalabbaubestimmungen mit der Bitte zugehen lassen, sich mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Vorlage möglichst bald gutachtlich zu äußern. Der Entwurf schließt sich in allen wesentlichen Punkten dem Vorgehen des Reiches an.

Berhandlungen über die Beamtensoldbesoldung.

Berlin, 28. September.
Die Besprechungen der Beamtensippenorganisationen mit dem Reichsfinanzministerium, die schon in der vorigen Woche stattfinden sollten, infolge der Beratungen der Reichsregierung über die Paktfrage jedoch unterbleiben mußten, finden am Donnerstag, den 1. Oktober, nachmittags 4 Uhr statt. Der Reichsfinanzminister wird an den Verhandlungen über die Besoldungsfrage persönlich teilnehmen.

Reichsbanneritag in Regensburg.

München, 28. September.
In Regensburg hielt das Reichsbanner am Sonntag seine Bannerweihe, zu der aus dem ganzen Lande mehrere Tausende von Kameraden zusammengeströmt waren. Die Höhepunkte der Feier bildete die Festrede, die an Stelle des im letzten Augenblick verhinderten Reichsbannerführers a. D. Marx, gegen dessen Erscheinen in der reaktionären Presse außerordentlich gehetzt worden war, der Vorsitzende der Reichsbanner-Brüder, der Reichstagsabgeordnete in Berlin, übernahm. Nach dem die Reichsbanner als das Symbol für Groß-Deutschland charakterisiert hatte, mahnte er zur Wahrung demokratischer Werte auch in Fragen der Außenpolitik und erklärte zum Schluß unter stürmischem Beifall: „Freunde, wer hat diese schöne Stadt erbaut? Der aufstrebende Bürgerstand des Mittelalters. Der Adel, die Feudalherren regierten damals. In diesem Ringen errang der neue Stand der Bürger Position und Position. Heute sitzt er am Ruder, doch großem, kraftstrotzend, kommt heute noch ein neuer Stand hoch: das Arbeiterium. Es ringt um seinen Platz in der Gesellschaft. Man will ihm diesen Platz verschweigen, wie man es einstmals dem Bürgerium tat. Ein eiltes Beginnen. Freunde! Wir wollen zu jenen gehören, die die Rot des Sozialismus sehen, die den Sinn dieser um seinen Platz kämpfenden Arbeiterklasse verstehen. Dann erfüllen wir die Aufgaben, die uns die Zeit zu lösen gestellt hat: Friedensbringer zu sein im Streite für soziale Gerechtigkeit. Kameraden vom Reichsbanner, das ist die soziale Parole unseres Banners Schwarz-Rot-Gold!“

Der Reichsbannerprozess von Grevesmühlen.

Rostock, 28. September.
Am Dienstag hat in Grevesmühlen der Reichsbannerprozess von Grevesmühlen seinen Anfang genommen. Es stehen 17 Einwohner von Grevesmühlen vor dem Richter, in der Mehrzahl Angehörige des Reichsbanners, die samt und sonders mit Ausnahme von geringen Geldstrafen vollkommen unbestraft sind.
Tiefes Reichsbannerleute kennen die schwer-bewaffnete Reichsbanner-Gemeinschaft und den ebenso berüchtigten Frontmann am 6. Dezember v. J. überfallen und mißhandelt haben. Die Ermittlungsbehörde hat jedoch schon damals festgestellt, daß die Einstellung der Schläger von den Reichsbannerleuten provoziert worden ist und die Reichsbannerleute erst nach sorgfältigen Klärungen in der Rostocker gegen die Reichsbannerfront marschieren und sie dann allerdings ganz gehörig verblühten.
Von den Angeklagten sind acht kürzere oder längere Zeit in Untersuchungshaft feingehalten worden. Der Reichsbannerführer soll eine 39 Jahre

Das Vorspiel zur Paktkonferenz.

Die Erklärungen der Botschafter in Paris und London.

Paris, 28. September.
Der deutsche Botschafter v. Hoersch wurde in Verfolg des Besuches, den er am Sonntag nachmittag dem Generalsekretär des französischen Außenministeriums, Berthelot, abgestattet hat, heute nachmittags um 5 Uhr durch den französischen Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Briand, empfangen. Die Unterredung dauerte etwa eine Stunde. Der Botschafter brachte nochmals die Annahme der an die Reichsregierung gerichteten Einladung zu einer Ministerbegegnung sowie Verhandlung über den Abschluß eines Sicherheitspaktes zur Kenntnis. Im Anschluß daran kam eine Reihe mit der Einladung zusammenhängender Nebenfragen zur Sprache, von denen einige noch nicht geklärt sind.
Über die mündlichen Erklärungen der deutschen Botschafter in Paris und London, die sie bei der Überreichung der deutschen Antwortnote auf die Einladung der Alliierten abgegeben haben, weiß das „Berliner Tageblatt“ mitzuteilen, daß der deutsche Botschafter in London Schamer in den die Übergabe der Note begleitenden Worten einmal die Schuldfrage berührte, dann auf das Memorandum der deutschen Regierung vom September 1924 über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund verwies und auch die kürzlich fällige Räumung der Kölner Zone erwähnte habe.

handlungen über den Sicherheitspakt begrüßen würde. Die von unserem Botschafter abgegebenen Erklärungen bezwecken gerade, diejenige Atmosphäre gegenseitiger inniger Gleichberechtigung zu schaffen, welche die Voraussetzung für ein gutes Ergebnis der Ministerkonferenz ist. Alles Weitere hat Sauerwein hinzugefügt. Über eine Verzögerung des Termins der Konferenz liegt amlich nichts vor.

Die Londoner Auffassung.

Paris, 28. September.
Havas berichtet aus London: Die Veröffentlichung des Textes der deutschen Antwort auf die Einladung zu einer Sicherheitskonferenz ist bis Donnerstag verschoben worden. Die Aufklärungen, die der Botschafter Sauerwein zur Note gegeben hat, betreffen in keiner Weise den guten Eindruck, den die deutsche Antwort in diplomatischen und politischen englischen und alliierten Kreisen hervorgerufen hat. Die englische Regierung vertritt den Standpunkt, daß alle Fragen betreffend den Sicherheitspakt, ob es sich um den Rheinischen Sicherheitspakt oder um ähnliche Schiedsverträge handelt, in Locarno geregelt werden würden. Ob die Konferenz am 5. Oktober beginnen wird, kann erst nach den Verhandlungen, die Briand und Botschafter v. Hoersch führen, entschieden werden.

Der „Temp“ zur Kriegsschuldfrage.

Paris, 28. September.
Die neuesten Pariser Pressestimmen zeigen bereits, daß die deutschen Vorbehalte den lebhaftesten Unwillen auslösen. Zur Kriegsschuldfrage weiß der „Temp“ darauf hin, die Verantwortung für die Kriegsschuld sei in dem Artikel 231 des Friedensvertrages festgelegt und sein Widerruf könne die Wirkung dieses von Deutschland gemachten Schuldgeständnisses vernichten. Keine Macht sei in der Lage, diesen Artikel 231 aufzuheben, der auch vollkommen rechtsfertige, von den für den Krieg verantwortlichen Nationen die Reparationen zu verlangen, die ihnen von den Alliierten auferlegt worden seien. Was die Räumung der Kölner Zone betreffe, so sehe man nicht, welche Versicherung Deutschland gegeben werden könne, da es allein von ihm abhängt, daß die erste rheinische Besatzungszone von den Alliierten verlassen werde. Die Räumung der Kölner Zone und der Abschluß eines rheinischen Sicherheitsvertrages seien zwei voneinander unabhängige Probleme.

Interview Sauerwein-Stresemann.

Berlin, 28. September.
Nach Mitteilungen an die Zeitungen hat der Reichsminister Dr. Stresemann in dem Interview mit Sauerwein folgendes erklärt: Ich begrüße es, daß der Botschafter Hoersch morgen Gelegenheit hat, dem Minister Briand gegenüber die von deutscher Seite abgegebenen Erklärungen auch persönlich abzugeben und erläutern zu können. Die deutsche Regierung hat ihrerseits wiederholt erklärt, daß sie ein positives Ergebnis der Ver-

Abgelehntes kommunistisches Bündnisangebot.

Berlin, 28. September.
Der „Vorwärts“ veröffentlicht ein Geheimzirkular der kommunistischen Partei Deutschlands, das Richtlinien für den kommenden Groß-Berliner Stadtverordnetenwahlkampf enthält und in dem es u. a. heißt:
„Wir müssen betonen und zwar scharf betonen, daß die K. P. D. bereit ist, mit der S. P. D. gemeinsam für die Durchführung einer Reihe von Forderungen zu kämpfen, die auch von der S. P. D. aufgestellt und von der großen Masse der wähl-

tigen Bevölkerung als ihre Forderungen anerkannt werden. Wir müssen vermeiden, immer wieder davon zu sprechen, daß wir die S. P. D. verlassen wollen. Wir wissen doch, daß die S. P. D. nicht mit uns gemeinsam für die Verwirklichung der Forderungen kämpfen wird. Gerade dadurch aber, daß wir das Forderungengeheimnis einhalten und der S. P. D. ganz frei vorschlagen, bestimmte Forderungen mit uns zu verwerfen, werden wir große Erfolge erzielen.“ (1)
Damit keine Stimme der Arbeiter verloren geht, tritt die K. P. D.-Organisation West an die S. P. D. mit dem Vorschlag heran, eine Plattenverbindung zweier Forderungen der K. P. D. mit der S. P. D. in Berlin und allen Verwaltungsbezirken einzugehen.
Der „Vorwärts“ bemerkt dazu:
„Bier Jahre lang haben die Kommunisten im Rathaus die wässrige Radautatik getrieben. Sie haben durch den Abbau der sozialdemokratischen Stadträte dem Bürgertum zur Wehrheit im Rat gestraft verhalten, sie haben die Annahme einer jeden Wahl mit allen Mitteln zu hintertreiben versucht, sie haben niemals auch nur das geringste Interesse für die bürgerlichen Finanzen und für die kommunale Wirtschaft an den Tag gelegt. Das ganze Treiben war diktiert von der Sehnsucht, die Sozialdemokraten zu „entlarven“. Jetzt kommen dieselben Kommunisten, weil sie leben, wie sehr sie

mit ihrer Politik auf den Hund gekommen sind, und glauben, durch ein Bündnisangebot an die eben noch verlässliche Sozialdemokratie ihre arbeitersindliche Politik vergessen machen zu können.
... Man könnte trotzdem vielleicht mit den Kommunisten darüber reden, wenn man auch nur den geringsten Anhaltspunkt dafür hätte, daß diese tatsächliche Wendung irgendwie ernst gemeint ist. Die Kommunisten würden es wahrscheinlich selber als Beleidigung empfinden, wenn man ihnen bei diesem neuen Wandel auch nur im geringsten Ehrlichkeit zutragen wollte. Sie sind im Gegenteil wahrscheinlich besonders stolz darauf, daß sie so selbstlos zu „mandrieren“ verstehen.
Der tiefere Sinn dieser Schwankung ist leicht zu erraten. Ja nur das Einverständnis von dem vollständigen Vankort der kommunistischen Politik. Was fällt, soll man hoffen. Mit den berufsmäßigen Journalisten der K. P. D. im Rücken kann die Arbeiterbewegung sich nicht durchsetzen. Erst muß sie mit ihnen aufkommen, und das wird sie auch im Berliner Wahlkampf gründlich befehlen.“

Der Sparkassenprozess Liebenwerda.

Torgau, 28. September.
Vor dem Großen Schöffengericht in Torgau begann am Montag der Prozess gegen den Landrat des Kreises Liebenwerda, Vogl, und den Direktor der Kreissparkasse Kerres. Neben Vogl wird zum Vorwurf gemacht, zugunsten der Sparkasse Georg Schmidt als einen größeren Kredit aus der Sparkasse gegeben haben, trotzdem diese Firma vor dem Zusammenbruch stand. Vogl soll dem Sparkassendirektor dabei durch Rat und Tat Beihilfe geleistet haben. Der Prozess ereignet bei dem Eingekesserten des Kreises großes Interesse.
Bei Beginn des Prozesses lehnte die Verteidigung einen der kommunistischen Partei angehörigen Schöffen ab, da Landrat Vogl mehrfach mit der kommunistischen Partei Differenzen gehabt hatte. Das Gericht wies den Antrag jedoch zurück. Die Verhandlung beschränkte sich am ersten Tage auf die Vernehmung der beiden Angeklagten und suchte Klarheit darüber zu schaffen, ob sie sich einer strafbaren Handlung bewußt gewesen sind. Die Angeklagten erklärten, daß sie bei der Vermittlung des Kredits sich im guten Glauben befunden hätten, die Firma Schmidt habe, die Vertrauensgemäß, sei noch völlig kreditfähig. Der vermittelte Kredit sollte dazu dienen, den Kreis vor einem Schaden zu bewahren, der durch einen zu Frotz gelangenen Wechsel entstanden war, den der Kreis Liebenwerda mit Genehmigung des Kreisratsschulles auf die Lausitzerische Bank in Berlin gezogen hatte. Ein Zweigprozess mit dem Hauptverhandlung in Offen wegen dieses Wechsels ist in erster Instanz zugunsten des Kreises Liebenwerda entschieden worden.

Eine Koalition von Ordnungsbund und Kommunisten.

Dormund, 28. September.
Vor wenigen Tagen erfolgte in Dornum l. B. die Wahl eines neuen Oberbürgermeisters. Das Zentrum versuchte, in der zu 50 Prozent katholischen Stadt unter Zustimmung der Demokraten und Sozialdemokraten ein Mitglied seiner Partei durchzubringen. Auch eine Koalition des sogenannten „Ordnungsbundes“ mit den Kommunisten wurde das vereitelt. Der Ordnungsbund trat in persönlicher Fühlung mit den Kommunisten, um den Katholiken als Oberbürgermeister unmöglich zu machen. Die „Germania“ sieht sich deshalb zu folgender Feststellung veranlaßt:
„Diesmal muß auch der harnstoffe Nachläufer der sich als besonders national aufspielenden Parteien einsehen, daß selbst ein Pakt mit den Kommunisten nicht vermehrt wird, um ihnen Katholiken zu Fall zu bringen. Die Alten über diese Oberbürgermeisterwahl sind noch nicht geschlossen. Auch der tüchtigste Katholik hat im Ernstfall von diesen traditionell evangelischen Parteien nichts zu erwarten.“